

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XIII
Literaturverzeichnis .....	XIX
<b>Einleitung .....</b>	<b>1</b>
I. Dynamik des Verbraucherinformationsrechts .....	1
II. Dynamik des Verbraucherleitbildes .....	5
III. Die rechtlichen Herausforderungen .....	10
<b>Teil A Unionsrechtliche Ausgangslage .....</b>	<b>11</b>
I. Primärrecht .....	11
II. Sekundärrecht: Allgemeines Dokumentenzugangsrecht .....	14
III. Sekundärrecht: Bereichsspezifische Regelungen .....	16
1. Bereichsspezifische Regelungen Non-Food .....	16
a) Umweltinformationen .....	17
b) Verbraucherproduktinformationen .....	18
c) Arzneimittelinformation .....	20
d) Chemikalieninformationen .....	21
2. Bereichsspezifische Regelungen Food .....	22
a) Artikel 10 VO (EG) Nr. 178/2002 .....	22
aa) Vorlagebeschluss LG München I vom 05. 12. 2011, Az.: 15 O 9353/09 .....	25
bb) Mindeststandard? .....	27
cc) Abschließende Regelung? .....	27
dd) Stellungnahme .....	28
ee) Verhältnis Art. 10 – VIG .....	28
b) Artikel 7 VO (EG) Nr. 882/2004 .....	29
aa) Allgemeines .....	30
bb) Art. 7 als abschließende Konkretisierung .....	31
cc) »Voruntersuchungen« und »laufende rechtliche Verfahren« .....	33
dd) Art. 7 Abs. 3 als (auch) subjektiv-rechtliche Garantie .....	34

<b>Teil B Nationaler Mischtatbestand § 40 LFGB . . . . .</b>	<b>36</b>
I. Vorbemerkungen . . . . .	38
II. Inhaltliche Anforderungen an staatliches Informationshandeln . . . . .	40
1. Rechtsprechung . . . . .	40
a) Richtigkeit der Information . . . . .	40
b) Folgenbetrachtungspflicht . . . . .	41
c) Sachlichkeitsgebot . . . . .	42
d) Verhältnismäßigkeit . . . . .	42
e) Keine Umgehung von rechtlichen Bindungen . . . . .	42
2. Literatur . . . . .	42
III. Tatbestandsvarianten von § 40 LFGB . . . . .	44
1. § 40 Abs. 1 Satz 1 LFGB . . . . .	47
2. § 40 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 LFGB . . . . .	48
3. § 40 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 LFGB . . . . .	48
4. § 40 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 LFGB . . . . .	49
5. § 40 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 LFGB . . . . .	49
6. § 40 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 LFGB . . . . .	51
7. § 40 Abs. 1 Satz 3 LFGB – Abwägungsklausel . . . . .	51
8. § 40 Abs. 2 LFGB – Subsidiaritätsklausel . . . . .	52
9. § 40 Abs. 3 LFGB – Anhörungsgebot . . . . .	54
10. § 40 Abs. 5 LFGB . . . . .	56
11. § 40 Abs. 4 LFGB . . . . .	56
12. § 40 Abs. 1a LFGB . . . . .	56
a) Allgemeines . . . . .	56
aa) Informationserhebungszeitraum . . . . .	58
bb) Zuständigkeit . . . . .	58
cc) Inhalt, Form und Umfang der Information . . . . .	59
dd) Lösungsfristen . . . . .	61
b) Prognoseurteil . . . . .	62
c) Prognosematerial . . . . .	64
d) § 40 Abs. 1a Nr. 1 LFGB . . . . .	65
e) § 40 Abs. 1a Nr. 2 LFGB . . . . .	67
IV. Rechtsschutz im Rahmen von § 40 LFGB . . . . .	71
1. Primärrechtsschutz . . . . .	71
a) Widerrufsanspruch . . . . .	72
b) Unterlassungsanspruch . . . . .	73
2. Amtshaftungsanspruch . . . . .	74
a) Ausübung eines öffentlichen Amtes . . . . .	74
b) Verletzung einer Amtspflicht . . . . .	75
c) Drittbezogenheit der Amtspflicht . . . . .	75
d) Verschulden . . . . .	76
e) Kausalität: Pflichtverletzung – Schaden . . . . .	76

<b>Teil C Informationsrechte der Medien</b> .....	77
I. Verbraucherinformation und Medien .....	77
II. Auskunftsanspruch und sonstige Rechte .....	79
1. Einzelheiten zum Auskunftsanspruch .....	80
a) Anspruchsberechtigte .....	80
b) Anspruchsverpflichtete .....	80
c) Anspruchsinhalt .....	81
d) Ermessensentscheidung .....	83
e) Anspruchsschranken .....	83
f) Zumutbarkeit .....	87
g) Grundsatz der Gleichbehandlung .....	87
h) Durchsetzung des Auskunftsanspruchs .....	87
i) Anspruchskonkurrenz .....	88
aa) Art. 2 VO (EG) Nr. 1049/2001 .....	88
bb) VIG .....	88
cc) IFG-Bund/-Länder .....	88
dd) UIG .....	88
ee) StPO/ZPO .....	89
ff) Registerrechte .....	89
2. Zutrittsrechte der Medien .....	89
III. Grundzüge der Anforderungen an die Berichterstattung .....	92
IV. Abwehransprüche des Betroffenen .....	95
1. Anspruch auf Gegendarstellung .....	96
2. Anspruch auf Berichtigung .....	97
3. Anspruch auf Unterlassung .....	97
4. Anspruch auf Schadensersatz .....	98
5. Anspruch auf Geldentschädigung .....	99
<b>Teil D Verbraucherinformationsgesetz</b> .....	100
Einleitung .....	106
§ 1 Anwendungsbereich .....	111
§ 2 Anspruch auf Zugang zu Informationen .....	123
§ 3 Ausschluss- und Beschränkungsgründe .....	143
§ 4 Antrag .....	174
§ 5 Entscheidung über den Antrag .....	185
§ 6 Informationsgewährung .....	199
§ 7 Gebühren und Auslagen .....	208

<b>Teil E Aktive Verbraucherinformation durch Behörden, Vertiefung zu § 6 Abs. 1 Satz 3 VIG</b> .....	214
I. Rechtliche Anforderungen an aktives staatliches Informationshandeln..... 217	
1. Das Beispiel der »Pankower Negativ-Liste 2009« .....	217
a) Entstehungshintergrund .....	218
b) Konzept .....	219
c) Kritik .....	220
2. Das Erfordernis einer gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage für aktives staatliches Informationshandeln .....	220
a) Staatliche Information als faktisches Verwaltungshandeln .....	221
b) Grundrechtseingriff durch staatliche Information .....	221
aa) Die Berufsfreiheit .....	222
bb) Eigentumsgarantie .....	224
cc) Der Gleichheitsgrundsatz .....	225
dd) Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. ....	226
c) Die Entscheidungen »Glykolwein« und »Osho« des Bundesverfassungsgerichts.....	227
aa) Die »Glykolwein«-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts.....	229
bb) Die »Osho-Entscheidung« des Bundesverfassungsgerichts .....	230
cc) Bewertung der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung .....	231
3. Die Anforderungen an die gesetzliche Ermächtigungsgrundlage für aktive staatliche Verbraucherinformation .....	232
a) Bestimmtheit der Ermächtigungsgrundlage.....	232
b) Bestimmtheit von § 6 Abs. 1 Satz 3 VIG als Ermächtigungsgrundlage für aktive staatliche Verbraucherinformation. ....	234
4. Anforderungen an die rechtmäßige Umsetzung staatlicher aktiver Verbraucherinformation .....	235
a) Zuständigkeits- und Verfahrensregelungen .....	236
b) Verhältnismäßigkeit .....	237
aa) Geeignetheit.....	238
bb) Erforderlichkeit .....	239
cc) Angemessenheit .....	240
II. Bewertung von Unternehmen und Produkten im Rahmen aktiver staatlicher Verbraucherinformation .....	241
1. Besonderheiten bei der bewertenden aktiven staatlichen Verbraucherinformation .....	241
a) Der Sonderfall der Risikobewertung nach AVV RÜb im Lebensmittelbereich .....	242
b) Besondere Eingriffsqualität wertender staatlicher Aussagen .....	243
2. Rechtliche Anforderungen an staatliche wertende aktive Verbraucherinformation .....	244
a) Ermächtigungsgrundlage.....	244
b) Bestimmtheit von § 6 Abs. 1 Satz 3 VIG als Ermächtigungsgrundlage für aktive wertende staatliche Verbraucherinformation .....	245

c)	Verhältnismäßigkeit . . . . .	246
aa)	Geeignetheit . . . . .	246
bb)	Erforderlichkeit . . . . .	248
cc)	Angemessenheit . . . . .	249
3.	Beispiele wertender staatlicher Informationssysteme . . . . .	250
a)	»Pankower Liste 2011« . . . . .	250
aa)	Beschreibung . . . . .	250
bb)	Rechtliche Bewertung . . . . .	252
(1)	Ermächtigungsgrundlage . . . . .	252
(2)	Verhältnismäßigkeit . . . . .	252
b)	Das Transparenzsystem »Kontrollbarometer« (Bund) . . . . .	253
aa)	Politische Entwicklung bis Dezember 2012 . . . . .	254
bb)	Beschreibung . . . . .	258
cc)	Rechtliche Bewertung . . . . .	261
(1)	Ermächtigungsgrundlage . . . . .	261
(2)	Verhältnismäßigkeit . . . . .	261
(3)	Spezifische verwaltungsverfahrensrechtliche Aspekte des Transparenzsystems . . . . .	264
III.	Staatlich geförderte private Informationssysteme am Beispiel des Internetportals www.lebensmittelklarheit.de . . . . .	265
1.	Hintergrund, Konzeption und aktuelle Bedeutung . . . . .	265
a)	Hintergrund . . . . .	265
b)	Konzeption . . . . .	266
c)	Aktuelle Bedeutung des Portals . . . . .	268
2.	Rechtliche Bewertung des Internetportals . . . . .	269
a)	Zuständigkeit des Bundes . . . . .	270
b)	Ermächtigungsgrundlage . . . . .	272
c)	Neutralität . . . . .	272
d)	Sachlichkeit . . . . .	273
3.	Rechtsschutzmöglichkeiten . . . . .	275
a)	Verwaltungsgerichtliche Maßnahmen . . . . .	275
b)	Zivilgerichtliche Maßnahmen . . . . .	276
aa)	Zulässige Klagearten . . . . .	276
bb)	Begründetheit einer Unterlassungsklage . . . . .	277
(1)	Rechtsbeeinträchtigung . . . . .	277
(2)	Widerrechtlichkeit . . . . .	278
Teil F	Behördliche Informationssysteme . . . . .	281
I.	Das Behördeninformationssystem »BALVI iP« . . . . .	281
1.	Der hinterlegte Datenbestand . . . . .	282
2.	BALVI und die Risikobewertung der Lebensmittelunternehmen . . . . .	284
a)	Die gesetzliche Risikobewertung von Lebensmittelunternehmen . . . . .	285

b) Die Funktion von BALVI bei der Risikobewertung von Lebensmittelunternehmen.....	286
c) Behördliches Ermessen beim Umgang mit BALVI im Zusammenhang mit der Risikobewertung von Lebensmittelunternehmen.....	287
3. Die Rolle der staatlichen Untersuchungsämter .....	288
4. Handhabe von Beanstandungen .....	290
5. Möglichkeit des landesweiten Datenzugriffs im Krisenfall .....	292
6. BALVI als zentrale Schnittstelle .....	292
7. BALVI und Akteneinsicht .....	293
II. Das europäische Schnellwarnsystem RASFF .....	294
1. Grundlagen des RASFF .....	294
2. Meldearten .....	296
3. Das Meldeverfahren .....	297
4. Rechtsschutzmöglichkeiten.....	299
a) Rechtsschutz auf Unionsebene .....	300
b) Rechtsschutz auf nationaler Ebene .....	301
III. Das europäische Schnellwarnsystem RAPEX .....	306
1. Geltungsbereich und Rechtsgrundlagen .....	306
2. Ablauf einer RAPEX-Meldung .....	310
3. Rechtsschutzmöglichkeiten.....	312
Stichwortverzeichnis.....	315